

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 und bei den Depots 2 Mf., bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs 2 Mf. 50 Pf.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Führich. Inowrazlaw: Julius Wallis, Buchhandlung. Neumarkt: J. Köpke. Granitz: Gustav Röthe. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Auster.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstraße 17. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Insertionsgebühr
die 5spaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf.
Annonsen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34,
Heinrich Nek, Koppelnikusstraße.

Das Heimstättengesetz.

Wenn unsere „Agrarier“, wie der Reichslandzler sich unlängst ausdrückte, sich mit sozialpolitischen Experimenten quälen, so kann man ganz sicher sein, daß zum mindesten ein Bruchtheil des Egoismus, der sie so groß gemacht hat, hineinspielt. Für die „innere Kolonisation“, die Stärkung des kleinen Bauernstandes, die Sehaftmachung des ländlichen Arbeiters und dergl. haben die Herren sich erst begeistert, seitdem ihnen der Gedanke nahegelegt worden ist, daß auf diesem Wege dem Mangel an ländlichen Arbeitern, der die nothwendige Folge der traurigen Lage dieser Landbevölkerung namentlich im Osten Preußens ist, abgeholfen werden könnte. Daher ihre Begeisterung für die Rentengüter, namentlich seitdem es ihnen gelungen ist, die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel seitens des Staates zu ermöglichen. Die letzte Frucht dieser Bestrebungen ist der Entwurf des sog. Heimstättengesetzes, für welches das Vorbild merkwürdiger Weise aus dem fernen Westen, aus Nordamerika beschafft worden ist. Der Entwurf, der schon vor 2 Jahren im Reichstag eingeführt wurde, beginnt mit einem Satz, der wie eine Erinnerung an 1001 Nacht klingt: „Jeder Angehörige des deutschen Reichs, so lautet § 1, hat nach vollendetem 24. Lebensjahr das Recht zur Errichtung einer Heimstätte“, vorausgesetzt natürlich, was aber der Gesetzgeber nicht sagt, um dem Leser die Illusion nicht zu rauben, daß er im schuldenfreien Besitz des dazu erforderlichen Grund und Bodens ist. Eine gesicherte „Heimstätte“, die für den Besitzer und seine Familie ausreicht, die gegen den ungeduldigen Gläubiger und den bösen Exekutor geschützt ist, die sich von Generation zu Generation nur theilbar vererbt, das wäre in der That ein Ideal, des Schweizes der Edlen werth. In den zahlreichen Brochüren, die für dieses Institut Propaganda machen, ist das Leben des Heimstätteneigentümers in der amuthigsten Weise geschildert. Da sitzt die Familie Abends nach gethaner Arbeit in dem Garten, die Hausfrau vertheilt das Abendbrot, ein leichter Wind umfächelt die rosigen Wangen der Kinder, die der Abglanz der Abendsonne vergoldet. Das ist neben dem christlichen Konfessionalismus des Grafen Caprivi das beste Gegenmittel gegen das Gift der Sozialdemokratie. Dass die amerikanische Heimstätte diesem Ideale unserer Agrarier nicht entspricht, ist eine Sache für sich. Darauf würde Niemand Werth legen, wenn das Projekt sonst ausführbar ist. Aber gerade da hapert's. Schon die erste Beratung des Entwurfs im Plenum, bei der der Entwurf mit der Unterschrift des Grafen Moltke unter dem Antrage gewissermaßen als eine Hinterlassenschaft dieses großen Mannes geprägt wurde, hat erkennen lassen, daß die wärmsten Vertreter des Antrags der Möglichkeit, dieses flüssige Gold in gangbare gesetzgebende Münze umzuprägen, zweifelnd gegenüberstanden. Und so hat man denn nach allerlei „sympathischen“ Neben den Antrag einer Kommission überwiesen, die — und das ist im höchsten Grade charakteristisch — ihre Arbeit mit Beratung einer von dem Abg. Camp beantragten Resolution begann, die Regierung unter Überweisung des Gesetzentwurfs aufzufordern, Erhebungen darüber zu veranlassen, 1, ob und in welchem Umfange und aus welchen Ursachen ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes stattgefunden hat; 2, in welchem Umfange und mit welchem Erfolge Versuche mit der Sehaftmachung der Arbeiter gemacht worden sind und demnächst Vorschläge darüber zu machen, durch welche Mittel die Erhaltung und weitere Ausdehnung des bäuerlichen Grundbesitzes sowie die Sehaftmachung der Arbeiter auf eigenem Grund und Boden durch Errichtung von Heimstätten unter Befreiung der Theilbarkeit und der hypothekarischen Belastung, sowie der Zwangsvollstreckung in dieselben zu erreichen ist. Das ist das bekannte Auskunftsmitteil. Weiß der Reichstag nicht, wie das Ideal verwirklicht werden soll, so schreibt er die Aufgabe auf die Schultern der Regierung ab. In

diesem Falle scheint aber auch das zu versagen. In gutem Willen fehlt es der Regierung natürlich nicht. Aber bekanntlich genügt der gute Wille nicht. Der Vertreter des Staatssekretärs im Reichsjustizamt hat in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß Reichsjustizamt habe bereits den Versuch gemacht, ein Heimstättengesetz auszuarbeiten; aber der Versuch sei fehlgeschlagen. Natürlich wird dieses offene Geständnis die Mehrheit der Kommission nicht abhalten, der Regierung den Antrag, mit dem der Reichstag selbst nichts anzufangen weiß, zur weiteren Veranlassung zu überweisen und sich damit aus der Verlegenheit zu ziehen. Jedenfalls können die statistischen Erhebungen nicht weiter schaden. Der Ansicht sind wir auch, vorausgesetzt, daß die Erhebungen auf alle Verhältnisse, welche hier in Betracht kommen, ausgedehnt werden. Und deshalb haben die freisinnigen Mitglieder der Kommission, von Bar, Dau, Jordan und v. Neiburg beantragt, unter Ablehnung des Gesetzentwurfs dem Reichstage folgende Resolution vorzuschlagen: „In Erwägung, daß die Frage, ob in Folge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein Rückgang des leistungsfähigen kleineren Grundbesitzes eintritt, in keiner Weise klargestellt ist; in Erwägung ferner, daß von verschiedenen Seiten dagegen die Behauptung aufgestellt ist, daß die Fortdauer und Fortdauernde Vergrößerung und Vermehrung des fidikommissarischen Besitzes in Verbindung mit der Aufrechterhaltung der wesentlich nur den größeren Besitzern zu Gute kommenden Kornzölle, den wünschenswerthen Bestand kleineren Grundbesitzes und die Sehaftmachung von Arbeitern in verschiedenen Gegenden gefährdet oder verhindert; in Erwägung endlich, daß bei der Ungeheuerlichkeit über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher weit verbreiteten Behauptungen, erhebliche, selbst wirtschaftliche Missstände sich ergeben können, gesetzgeberische Maßregeln aber am besten auf sicheren statistischen Grundlagen erfolgen —: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen aufzufordern, eine amtliche Statistik ausarbeiten zu lassen, aus welcher erheilt 1. ob und in welchem Umfange, bzw. aus welchen Ursachen ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes in den einzelnen Theilen des Reiches stattgefunden hat; 2. der Umfang, der Reinertrag und die rechtliche Natur des in verschiedener Weise (hier Fideikommiss, Stammmgut, Lehns-Qualität u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten, bzw. Provinzen der selben, vorhandenen, nicht der freien Verfügung der Berechtigten unterliegenden, sogenannten gebundenen Grundbesitzes, und diese Statistik dem Reichstage vorzulegen.“ Wenn es den Herren Agrariern mit der Kräftigung des kleinen und mittleren Grundbesitzes wirklich Ernst ist, werden sie, wenn sie auch den Erwägungen, auf denen der Bar'sche Antrag beruht, nicht zustimmen können, der Ausdehnung der Erhebungen auf den fidikommissarischen Besitz ihre Zustimmung nicht vorenthalten können. Man wird ja sehen.

Vom Reichstage.

Im Reichstage wurde am Freitag zum Stat der Eisenbahnen betreffend die am Mittwoch abgebrochene Debatte über die Ausschließung von Arbeitern aus Eisenbahnwerkstätten wegen sozialdemokratischer Agitation fortgesetzt. Durch einen ebenso heftigen wie plumpen Anfall auf die Sozialdemokratie, in welchem er ebenfalls sogar das Recht bestritt, sich eine politische Partei zu nennen, gab

Abg. Frhr. v. Stumm den sozialdemokratischen Rednern willkommene Gelegenheit zu einer gründlichen Abfertigung, die sich

Abg. Babel sofort zu nutze mache. Derselbe charakterisierte die politische Beeinträchtigung der Arbeiter als eine Verleugnung der bürgerlichen Freiheit und erblieb in den Aussäften des Frhr. v. Stumm einen Anlauf zu einem neuen Sozialstengesetz. Mit beiderseitiger Ironie beleuchtete

Abg. Haussmann (Volksp.) die Ungeschicklichkeit des Stumm'schen Angriffs und wandte sich überhaupt gegen die in letzter Zeit wieder aufgetretene Gewohnheit, die Sozialistenfeindlichkeit an die Wand zu nageln. Zutreffend betonte er zugleich, daß man die Sozialdemokratie nicht durch derartige Ausnahmemasregeln, sondern nur durch volle Gleichberechtigung der Arbeiter und Abstellung berechtigter Missstände bekämpfen könne. In ähnlicher Weise wie Freiherr von Stumm suchten die

Abg. Möller und v. Kardorff das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung zu vertheidigen, während die

Abg. Dr. Hirsch und Schröder entschieden einer Aufführung politischer Untertheile bei der Beschäftigung von Arbeitern widersprachen. Auch

Abg. Hise (Gr.) hielt das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung für fälschlich unrichtig und politisch unklug.

Abg. Dr. Barth (Bfr.) warnte ebenfalls vor erneuten Ausnahmemasregeln gegen die Sozialdemokratie auf Grund der schlechten Erfahrungen auf diesem Gebiet und trat in dieser Beziehung besonders einer Forderung des

Abg. v. Kardorff auf Aenderung des Vereins- und Sammlungswesens sehr lebhaft entgegen. — Die weitere Beratung des Staats wurde nach Beendigung dieser Debatte auf Sonnabend vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Februar.

Der Kaiser begab sich am Freitag früh nach Potsdam zum ersten Garde-Regiment z. F. um daselbst Rekruten zu besichtigen. Abends findet aus Anlaß der Anwesenheit des Kronprinzen von Schweden bei dem Kaiser ein Diner statt.

Mit der Leitung der italienischen Botschaft in Berlin als Geschäftsträger ist laut Bestätigung des „Reichsanzeigers“ nach dem Tode des Grafen de Launay der Erste Botschaftssekretär Marquis di Beccaria Incisa von seiner Regierung betraut worden. — Der Doyen des diplomatischen Corps in Berlin ist jetzt der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Széchenyi.

Nach dem Tode Mackenzies taucht die Erzählung wieder auf, daß derselbe bei der Behandlung des verstorbenen Kaisers Friedrich vom ersten Augenblick an die unheilbare Krankheit erkannt und dies dem damaligen Kronprinzen mitgetheilt habe. Man habe aber damals den Kronprinzen bestürmt, auf den Antritt der Regierung zu verzichten, unter Berufung auf ein preußisches Haugesetz, wonach der König Verzicht leisten müsse, im Falle er an „einer unheilbaren Krankheit leidet, die ihn zur Leitung der Regierung unfähig macht“. Mackenzie habe auf die Frage des Kronprinzen, ob es zu verantworten sei, diese Bestimmung auf ihn in Anwendung zu bringen, wenn Kaiser Wilhelm in nächster Zeit hinscheiden sollte, die Antwort ertheilt: Die Krankheit sei unheilbar, aber sie brauche nicht unfähig zum Regieren zu machen. — Vorstehendes wird jetzt verbreitet von einem Mitarbeiter der Kopenhagener „Politiken“, Andre Lütken, dem Mackenzie in London solches persönlich mitgetheilt haben soll. Ob es sich gerade so verhält, wissen wir nicht, aber dunkel ist die Geschichte jener Zeit. Am meisten dürften wohl außer dem Fürsten Bismarck und dem Nachstbetheiligten davon wissen der frühere Minister v. Friedberg, Präsident v. Simson und Herr v. Roggenbach.

Der Bundessrat hat Donnerstag dem Gesetzentwurf betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Fassung die Zustimmung ertheilt.

Die Novelle zum Unterstüzungswohnsitz wird der „Natb. Kortsp.“ zufolge in der gegenwärtigen Session des Reichstags wahrscheinlich nicht mehr eingebrochen werden. Dagegen scheine die Regierung Werth auf das Zustandekommen des, dem Reichstage übrigens noch nicht vorliegenden Checkgesetzes zu legen.

Ein Gesetzentwurf betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern ist dem Herrenhause zugegangen. Darnach sind diese Stellen vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen, ausgenommen im Forstdienst. Ausschließlich

ihnen vorbehalten sind die Stellen im Kanzleidienst, einschließlich der Lohnschreiber, und die Dienststellen mit wesentlich mechanischen Obliegenheiten. Mindestens zur Hälfte sind mit Militäranwärtern die Bureaustellen zu besetzen, sofern hierzu nicht eine wissenschaftliche oder technische Vorbildung erforderlich ist, oder es sich um Stellungen von Rendanten handelt, die eigene Rechnung zu legen haben.

Die Schulkommision hat in vier schweren Sitzungen ihr Wochensum erledigt. Die nächste Sitzung findet am kommenden Montag statt. Die Kommission hat innerhalb dieser vier Sitzungen, von denen die letzte am Freitag von Morgens 10½ Uhr bis Nachmittags 4 Uhr währt, die ersten dreizehn Paragraphen erledigt. Indessen mit zwei Ausnahmen:

Der dritte Absatz des § 6, welcher vom Religionsunterricht handelt, ist zurückgestellt worden, dagegen auch der § 11, welcher bestimmt, daß beim Vorhandensein zweier und mehrklassiger Schulen die Kinder nicht gegen den Willen der Eltern einer einklassigen Schule zugewiesen werden können. Die Kommission hat also die ersten 13 Paragraphen nur erledigt mit Ausnahme der streitigen Fragen, welche an die Frage des Religionsunterrichts und der konfessionellen Schulen anknüpfen. Die Kommission ist bis dicht vor die Hauptkampfparagraphen des Entwurfs gelangt. Dieselben drängen sich in die Paragraphen 14, 15, 16 und 17 zusammen. Hier kommen in Frage die Ausdehnung des Prinzips der Konfessionsschulen, die Behandlung der Kinder der Dissidenten und die Stellung der Religionsgesellschaften und der Geistlichen zum Religionsunterricht in der Schule. Da aus den §§ 6 bis 13 die prinzipiellen Streitfragen in der Erörterung zurückgestellt worden sind, so zeigte die Sitzung der Kommission am Freitag einen verhältnismäßig friedlichen Charakter. Kleine kollegialische Scherze kennzeichneten die Stimmung. So machte im Stillen ein Bettel die Runde, die Herren möchten doch nicht immer dieselbe Wendung gebrauchen, daß sie diesen oder jenen Gedanken „sympathisch gegenüberstehen“. Auch der Kultusminister erhielt diesen „Antrag“ vorgelegt und bequemte sich in der Diskussion diesem Wunsche an, wie er ausdrücklich hervorholte. Zu den §§ 6 bis 10 und 12 und 13 wurden nur einige redaktionelle Änderungen beliebt; alle weitergehenden Anträge fanden keine Unterstützung. Der Kultusminister erklärte, daß die zentrale Vermaltung des Staates unter allen Umständen bezüglich der Frage der inneren Einrichtung der Schule die Entscheidung behalten müsse. Abg. Birchow hatte beantragt, einen obersten Schulrat einzusetzen, zu dessen Anhörung der Minister verpflichtet sein sollte bei Aufstellung des Lehrplans und in der inneren Einrichtung der Volksschule. Auch sollte dieser oberste Schulrat für die Gestaltung von Abweichungen von dem allgemeinen Lehrplan zuständig sein. Der Minister erklärte sich gegen den Antrag Birchow. Für seine Person könne er sich für das von Birchow in Vorschlag gebrachte technisch geprägte Organ des „obersten Schulraths“ geneigt erklären. Eine so konstruierte Behörde könne er sich als eine angenehme Ergänzung des Kultusministeriums denken, jedoch mit der Einschränkung, daß diesem „Schulrat“ keine Executive eingeräumt werde, was er mit der verantwortlichen Stellung des Ministers für unvereinbar erachte. Aber die Konstruktion eines solchen Organs gehöre überhaupt nicht in dieses Gesetz hinein.

Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurden andere Anträge der Mittelparteien abgelehnt, welche bei der Errichtung neuer Volksschulen, Klassen und Lehrerstellen die Befugnisse der Gemeinde gegenüber dem Regierungspräsidenten verstärken wollten. Bemerkenswert war die Ablehnung eines Antrags des Abg. Rickert zu § 12. Abg. Rickert verlangte, daß überall da, wo 120 Kinder in einer Schulkasse sich zusammenfinden, die Anstellung eines zweiten Lehrers stattfinden müßt. Hiergegen erhob der Kultusminister lebhaften Ein-

spruch im Interesse der Finanzen des Staates und der Gemeinden. Der Kommissar des Finanzministers unterstützte diesen Einpruch. Abg. v. Huene erklärte, daß das Geld, um Dergleichen herbeizuführen, nicht vorhanden sei. So wurde denn der Antrag Nickert mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Kultusminister hatte noch besonders hervorgehoben, daß die Durchführung eines solchen Antrages sehr umfassende kostspielige Schulbauten notwendig machen werde.

Den Konservativen geht es jetzt bereits mit den Berathungen der Kommission zum Volksschulgesetz nicht schnell genug. Sie fangen an nervös zu werden, und Graf Limburg gab in der Donnerstag-Sitzung der Kommission dieser Stimmung einen ziemlich unzweideutigen Ausdruck. Nach der Meinung des Grafen wird über die grundlegenden Fragen viel zu viel geredet und Herr Nickert, der sich eingehender damit beschäftigt, als die Herren von den Rechten, mußte es sich gefallen lassen, von dem Grafen Limburg als "vortragender Rath" bezeichnet zu werden. Herr Nickert erwiederte, daß er das längst hätte sein können, und wahrte energisch das Recht des Volkes auf eine tiefer greifende Behandlung der wichtigen Fragen. Graf Limburg schwieg darauf.

Drohung gegen die Minorität der Volksschulkommission erlaubt sich die "Kreuzzeitung". Gegenüber der Fruchtbarkeit der Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen in Abänderungsanträgen müßten die Konservativen und Klerikalen zu dem "ernsteren Mittel der Schulanträge greifen", jedenfalls sich möglichste Reserve in ihren Repliken aufrütteln. Einfach Niederstimmen räth also das Junkerblatt an.

Der preußische Schulgesetzentwurf im Lichte der deutschen Unterrichtsgesetzgebung lautet der Titel einer Broschüre, welche im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses des "Deutschen Lehrervereins" von F. Tews bearbeitet und soeben bei Julius Mudhardt in Berlin erschienen ist (75 Pf.). Der Verfasser stellt den Hauptbestimmungen des Beditz'schen Entwurfs in übersichtlicher Anordnung die entsprechenden Vorschriften der in Österreich und den deutschen Staaten geltenden Gesetze in wörtlicher Aufführung gegenüber und legt in aller Kürze die Tragweite jeder Einzelbestimmung dar. Im Lichte der deutschen Schulgesetzgebung erfahren die verhängnisvollsten Bestimmungen des Entwurfs erst die Beleuchtung, welche sie in ihrer orthodox-reaktionären Tendenz unverkennbar kennzeichnet. Andererseits zeigen die Bestimmungen anderer Schulgesetze den Weg zur Verbesserung des Entwurfs. Was in etwa 20 deutschen Staaten und in Österreich seit Jahrzehnten Gesetz ist, kann auch in Preußen gefordert werden. Man wird entsetzt sein über den schroffen Gegensatz, in den das preußische Schulwesen, falls dieser Entwurf Gesetzeskraft erhalten sollte, zu demjenigen des übrigen Deutschland treten würde. Von vornherein hat man außerhalb Preußens dem Entwurf eine ganz außergewöhnliche Aufmerksamkeit zugewandt. Das deutsche Volk fühlt, daß es sich nicht um die preußische Volksschule allein handelt. Der Volksschulgesetzentwurf der preußischen Regierung hat eine nationale Frage herausbeschworen: die Frage, ob die deutsche Volksschulbildung in die Fesseln des römisch-klerischen Klerus und der protestantisch-orthodoxen geschlagen werden soll oder nicht. Ist die Schule Preußens unter das kirchliche Joch gebeugt, so werden andere Staaten folgen. Das preußische Schulgesetz wird der Beginn einer neuen Ära der deutschen Unterrichtsgesetzgebung werden, eine Ära des allgemeinen Rückgangs und auch die Schulkämpfe im befriedeten Österreich neu entfachen. Je früher man diese Gefahr klar erkennt, um so besser. Diese Erkenntnis zu fördern, erscheinen die Zusammenstellungen der Broschüre ganz besonders geeignet. Der Widerstand gegen den Entwurf wird innerhalb und außerhalb Preußens um so energischer werden, je mehr man sich bewußt wird, daß dieser Entwurf als Gesetz seines Gleichen in Deutschland nicht haben würde und weitab liegt von dem Wege, auf dem man in den letzten Jahrzehnten die Hebung und Veredelung der geistigen Volkskraft auf deutschem Boden angestrebt hat.

Die "Kreuzzeitung" höhnt über die lange Liste von Abreissen, Beschlüssen, Petitionen gegen den Schulgesetzentwurf, die täglich in den liberalen Zeitungen mitgetheilt werden, und sie sagt, daß all dieser Lärm auf ein gesundes reaktionäres Trommelfell nicht den geringsten Eindruck machen könne. Was seien Petitionen, Beschlüsse, Adressen? Bedrucktes Papier! Wir würden annehmen, schreibt die "Nation", daß die "Kreuzzeitung" an diese Ansicht auch glaubt, wenn sie nicht selbst sich herbeileise, alle Resolutionen zu verzeichnen, die in den Provinzen zu Gunsten des Schulgesetzentwurfs beschlossen werden. Giebt es schon mehr als eine einzige derartige Resolution aus der Provinz? Sage Eine! Und solche Resolutionen sind doch nicht nur bedrucktes Papier; sie wiegen

die Ansichten von so und so viel Männern auf, und jeder dieser Männer ist Staatsbürger und beeinflußt als Wähler das Staatsleben. In der Vereinsamung, in welcher sich die "Kreuzzeitung" befindet, könnte sie daher auf ihren schönen großen Seiten vielleicht inzwischen eine Sammlung der günstigen Urtheile des Auslandes veranstalten. Es würde sehr wirkungsvoll sein, zu sehen, wie Graf v. Beditz, von den Ultramontanen in Belgien und in Österreich, von den vatikanischen Organen und vom "Grafshdanin" beglückwünscht wird. Mit den Liberalen in Deutschland sind einer Meinung die hervorragenden ungarischen Blätter und die großen Zeitungen, welche in Österreich das Deutschthum vertreten; die ministerielle "Tribuna" in Rom äußert sehr ernste Bedenken; in der Schweiz und Belgien sind alle Gegner der Ultramontanen in ihrem Urtheile einig; die Ansicht Englands endlich kann nicht zweifelhaft sein. Und doch ist gerade auf das englische Verdikt ein besonderer Werth zu legen, denn die englische große Presse steht auf durchaus kirchlichem Standpunkt und von allen europäischen Ländern ist England zweifellos dasjenige, wo eine freie im Volke selbst wurzelnde kirchliche Religiosität noch den festesten Halt hat.

Hier katholisch — hier evangelisch! Formliche Schulschlächten liefern sich in Potsdam bei der Rückkehr vom Konfirmanten-Unterricht die Schüler beider Konfessionen. Daß seitens der Schule strenge Strafungen der rauflustigen Religionskämpfer stattfinden, ist nur anzuerkennen. So berichtet die Potsdamer Zeitung, und wir empfehlen die kleinen Notizen zur gefälligen Beachtung den Schwärmern für die neue Volksschul-Gesetzvorlage mit ihren konfessionellen Schulen.

Ein konservativer Athiest und Jude gegen einen katholischen Priester und einen protestantischen Prediger. Unter den Unterzeichnern der Petition der Universität Halle gegen den Beditz'schen Schulgesetzentwurf befindet sich der Prof. Märker, erster Vorsteher des konservativen Vereins. Es verdient dieser Umstand hervorgehoben zu werden, angeblich des Bemühens der Blätter vom Schlage der "Kreuztg.", die Gegner des Schulgesetzentwurfs samt und sonders als "Atheisten", "Judegenossen" &c. zu denunzieren. Die Hallenser Professoren haben bekanntlich in ganz besondern hohem Grade den Zorn der "Kreuztg." auf sich geladen.

Von "hochjunckerlicher pfäffischer Reaktion in Berlin" hat kürzlich in einer Versammlung der Führer der Nationalliberalen in Karlsruhe, Landgerichtsdirektor Fieser, gesprochen. Wäre ein Theil dieser Kenntnis auch schon bei den Wahlen von 1888 vorhanden gewesen, dann hätten die Konservativen gute zwei Dutzend Sitze weniger, die sie allein durch die Unterstützung der damaligen nationalliberalen Kartellgenossen gewonnen haben, und dann wäre auch keine Mehrheit für das Schulgesetz vorhanden.

Die Einführung der Zonezeitung für das gesamte Reich befürworten nach einer Erfurter Meldung der "Post" die obersten Militärbehörden. Die Linienkommissionen erhalten hierauf ihre Instruktionen.

In der Bochumer Stempelfälschungs-Affäre schließt die "Westfäl. Kreuztg." des Herrn Fusangl ihre jüngste Artillerie mit folgender Erwähnung: "Die Mitschuld Baares an den Urkundenfälschungen und Beträgereien, wie dieselben seit mindestens 16 Jahren auf dem "Bochumer Verein" betrieben worden sind, ist nach unserer Kenntnis des einschlägigen Materials zweifellos, die Verfolgung desselben in den Anklagezustand daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Hier dürfen keine anderen Rücksichten ausschlaggebend sein. Die hohe und einflußreiche Stellung, welche der Mann bisher bekleidet hat, darf kein Grund sein, ihn über das Gesetz zu stellen. Er hat mit gesündigt, er muß daher mit bestraft werden. Fiat justitia, pereat mundus!"

In der Fahndung ist einem unkontrollierbaren Gerücht zufolge ein französischer Aviso gesehen worden.

Graulich machen will die "Kreuztg." gewissen Kreisen, indem sie folgenden Heiterkeit erweckenden Unfall schreibt: "Angesichts der Verhaftungen von Sozialdemokraten erscheint die Annahme berechtigt, daß die Polizei einem anarchistischen Komplotte auf die Spur gekommen und dasselbe vereitelt hat. Man wird in der Muthmaßung nicht fehlgehen, daß der zweimalige Versuch, das Königsberger Schloß in Brand zu stecken (am 30. Januar und 7. Februar d. J.), mit dem Komplotte in Zusammenhang steht". — Was Sozialdemokraten mit einem "anarchistischen Komplotte" zu thun haben und was Berliner Anarchisten von einem Brande des Königsberger Schlosses hätten, wird wohl die "Kreuztg." selbst nicht erklären können, bemerkt dazu das "Al. Journ."

Ausland.

Schweiz.

Wie aus Bern von gut unterrichteter Seite verlautet, sind die Handelsvertragsunter-

handlungen der Schweiz mit Italien einstweilen abgebrochen. Von Sonnabend ab findet daher der Generaltarif Anwendung.

Spanien.

Zu blutigen Zusammenstößen ist es nach einer Madrider Meldung der "Kreuztg." in den Bergwerken Bilbao und Santo zwischen Arbeitern und Bergbauinspektoren gekommen. In einer Taverne wurden vier Beamte und zwei Befrachter theils niedergestochen, theils erdolcht. Militär mußte requirirt werden.

Portugal.

Zur Regelung der portugiesischen Finanzen ist bekanntlich der portugiesische Gesandte in London Herr Soveral nach Berlin gefahren. Bestimmte Vorschläge hatte der "Post" zufolge Herr Soveral nicht zu unterbreiten und ebenso wenig sind ihm von hiesiger Seite Vorschläge gemacht worden; nur soviel werde Herr Soveral in Erfahrung gebracht haben, daß das hiesige Schuh-Komitee gegen eine etwa beabsichtigte Kapitalreduktion mit aller Entschiedenheit Front machen dürfte.

Nach einer Meldung aus Lissabon explodierte daselbst gestern Nacht eine an der Thür des Hauses des spanischen Konsuls hingelegte Bombe und zertrümmerte die Fensterscheiben der umliegenden Häuser. Personen sind nicht verletzt.

Frankreich.

Eine neue russisch-französische Verbrüderungsfeier scheint wieder einmal bevorzustehen. Wie der "Temps" aus Paris meldet, würde das französische Levante-Geschwader von Port-Saïd nach dem Piräus gehen und dort mit der gegenwärtig in Alexandria ankommenden russischen Levante-Division zusammenentreffen.

Großbritannien.

Über die egyptische Frage bestehen in England zwischen den Konservativen und Liberalen sehr verschiedene Ansichten. Am Donnerstag kamen diese verschiedenen Auffassungen gelegentlich der fortgesetzten Abreisdebatte auch im englischen Unterhause zur Sprache. Chamberlain richtete einen scharfen Angriff gegen die Opposition in Bezug auf die in einer Rede Gladstones enthaltenen Bedingungen zur Räumung Egypts. Eine solche Politik, fuhr der Redner fort, sei eines großen Landes wie England unwürdig, und würde Egypten in den Zustand der Barbarei zurückführen. John Morley antwortete namens der Opposition, daß Gladstones Worte missverstanden worden seien. Er verlange die sofortige Räumung Egypts nicht, sondern wünsche sie nur in einer bestimmt ausgesprochenen Zeit. Lord Salisburys Politik beabsichtige jedoch weder einen Kurs noch den anderen. So lange England sich in Egypten als Herr betrachte und nicht als der Beauftragte der Großmächte, werde England immer Angriffen ausgesetzt sein.

Rußland.

Eine nihilistische Geheimdruckerei ist in Pultawa mit fertig gedruckten revolutionären Aufrufen entdeckt worden, wobei mehrere Personen nach verzweifelter Gegenwehr verhaftet wurden. In Pultawa und Umgegend soll die revolutionäre Propaganda in letzter Zeit Fortschritte gemacht haben.

Nach einer Meldung der Wiener "N. Fr. Pr." soll sich der nervöse Zustand der Barewna noch durch die Sorge um den Gefundheitszustand ihrer zweiten Tochter, der Großfürstin Olga, gesteigert haben. Dr. Metzger sei auch hauptsächlich wegen der letzteren nach Petersburg berufen worden. Die Großfürstin leide an einer Rückgratsverkrümmung, welche die Folge einer bei der Eisenbahn-Katastrophe von Borki davongetragenen Verletzung sei.

Serbien.

Aus Belgrad wird dem "Berl. Tagebl." telegraphiert: Die Regierung wird der Skupština in einer der nächsten Sitzungen eine vom König Milan eigenhändig aufgesetzte Verzichtserklärung vorlegen, in welcher Milan bedingungslos der Mitgliedschaft des serbischen Königshauses entsagt, auf das serbische Staatsbürgerecht verzichtet und sich verpflichtet, niemals in seinem Leben wieder serbischen Boden zu betreten. Zugleich tritt Milan seine sämtlichen Besitzthümer in Serbien an König Alexander ab; diese Zession ist bereits gerichtlich durchgeführt. Mit dieser Verzichtserklärung, welche offenbar die Gegenleistung Milans für die vielen ihm gewährten pekuniären Beihilfen darstellt, hat Milan Obrenowitsch die Möglichkeit, jemals in seinem Vaterlande wieder eine politische Rolle zu spielen, entsagt. In seinem Kampf mit seiner geschiedenen Frau, Natalie Ketchko, hat also die letztere zweifellos den endgültigen Sieg davongetragen. Der jetzt im 16. Lebensjahr stehende König Alexander wird, wenn die Zeit über den traurigen Begebenheiten im Hause Obrenowitsch erst Gras hat wachsen lassen, seiner Mutter die Erlaubnis zur Rückkehr nach Serbien gewiß nicht auf die Dauer vorenthalten.

Türkei.

Der Sultan soll nach einer Befehl an die offiziöse Wiener "Pol.corr." aus Konstantinopel den lebhaften Wunsch haben, daß der neue Khedive von Egypten durch seinen Besuch in Konstantinopel dem Abhängigkeits-Verhältnisse einen feierlichen Ausdruck gebe.

Amerika.

Eine neue Revolution soll nach einer "Times"-Meldung aus Rio Grande in Brasilien bevorstehen. Die Minister haben ihren Abschied genommen. In Pelotas scheint ein Konflikt zwischen dem Pöbel und den Truppen auszubrechen. Die Telegraphenleitungen der Regierung sind zwischen Porto Alegre und Pelotas durchgeschnitten.

Provinziales.

Schweiz, 11. Februar. (Rentengüter.) Der Gutsbesitzer Feilke in Fliederhof beabsichtigt aus seinen Grundstücken in Gruczno und Christfelde Rentengüter durch Vermittelung der General-Kommission zu bilden, und zwar zwei Rentengüter in Gruczno mit je 50 Morgen Ackerland und vier Rentengüter in Christfelde mit je 30—40 Morgen Acker- und Wiesenland. Eines dieser Rentengüter soll mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden abgegeben werden.

Brandenburg, 11. Februar. (Von einer Familientragödie) wird dem "Ges." aus Pastwisko berichtet: Die noch in jugendlichem Alter stehende Hebamme Hein, welche am 25. d. Ms. mit ihrem Mann nach Amerika auswandern wollte, hat ihr etwa einjähriges Kind gestern durch Eingeben von Karbol vergiftet. Heute Morgen um 4 Uhr hat sie versucht, sich selbst durch Karbol das Leben zu nehmen. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Der Beweggrund zu der traurigen That ist noch nicht aufgeklärt. Eine Gerichtskommission fuhr heute Nachmittag hinaus.

Briefen, 11. Februar. (Gereitet.) Der 8jährige Sohn des Pferdehändlers B. von hier geriet beim Schlittschuhlaufen, da er die Bedeutung der Strohwiepen nicht kannte, auf eine nur mit einer dünnen Eiskruste bedeckte Stelle, von welcher zuvor zu gewerblichen Zwecken Eis entnommen war, und brach ein. Alle Bemühungen des Verunglückten, sich an dem Eise festzuhalten, waren vergeblich, denn das schwache Eis brach unter seinen Händen, und er versank in die Tiefe. Glücklicherweise gelang es, wie der "Ges." berichtet, dem Arbeiter Czerwinski, der durch das Plätzchen im Wasser aufmerksam gemacht war, mittelst einer langen Pike den vom Wasser wieder emporgehobenen Knaben zu retten.

Pelplin, 11. Februar. (Verunglückt.) Auf schreckliche Weise hat durch einen Unfall ein Arbeiter der Zuckersfabrik Pelplin dieser Tage sein Leben verloren. Von dem Getriebe eines Flaschenzuges rollte sich eine Platte ab, der Haken der Kette geriet in die Kleidung des Arbeiters und riß denselben den ganzen Körper bis zum Halse auf, zerschmetterte auch den Unterkiefer. Schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb der Unglüdliche.

Karthaus, 11. Februar. (Ein gräßlicher Mord) ist zwischen Niechuczyn und Moiszweskahutta verübt worden. Der Eigentümer Kottlowski aus Moiszweskahutta fuhr Morgens mit seinem Stieffsohn Wiko nach Karthaus, um Geschäfte abzuwickeln, wobei auch dem Großen sehr zugesprochen wurde. Bemüht angetrunken trat man die Rückreise an. In Niechuczyn wurde angehalten, um im Krug noch mehr zu trinken. Beim Verlassen des Kruges geriet der Stieffather mit seinem Stieffsohn in Streit, der nicht enden wollte, und als die Bankenden eine Stricke von Niechuczyn gespannt waren, schlug plötzlich der Stieffsohn Wiko seinem Stieffather Kottlowski mit einer mit Petroleum gefüllten Flasche auf den Kopf, und als der Geschlagene sich wehren wollte, zog Wiko sein Taschenmesser und versegte dem Kottlowski sechs Messerstiche. Als beide nach Hause kamen, starb der Gestochene. Als der Mörder am Sonntag früh durch den Gendarm verhaftet werden sollte, floh er durchs Fenster und ist noch nicht ergreifbar worden.

Marienburg, 11. Februar. (Luxuspferdemarkt.) Der seit Jahren hier selbst abgehaltene Luxus-Pferdemarkt ist nach den "N. W. M." der Gefahr ausgezogen, ein unerwartetes Ende zu finden. Bekanntlich ist mit dem Markt eine Pferde-Lotterie verbunden, aus deren Erträgen die Kosten gedeckt werden. Jetzt ist aber beim Vorsitzenden des Pferdemarkt-Komitees Landrat von Zander aus dem Ministerium des Innern die Nachricht eingegangen, daß die Konzession zu der Lotterie nicht wieder erhält werden würde, da der Lossevertrieb weit über den konzessionierten Bezirk hinaus erfolgt sei. Dieses ist in der That richtig, denn der Unternehmer Heinrich Berlin hat die für die östlichen Provinzen konzessionierten Lose über ganz Deutschland verbreitet. Bei der Bedeutung der Angelegenheit befaßte sich gestern der Landwirtschaftliche Verein damit und beschloß bei dem Centralverein zu beantragen, daß dieser an allen zuständigen Stellen für Weiterbewilligung der Lotterie eintritt.

O. D. Eylau, 12. Februar. (Diebstahl. Bürgerverein. Feuer.) Auf eine billige Weise wußte sich ein auf dem Abbau wohnender Eigentümer Brennmaterial zu beschaffen. Derselbe fährt seit dem Herbst auf dem Ostbahnhof eingetroffene Ziegel mit seinem Fuhrwerk auf den Bauplatz der Infanterie-Kaserne, wobei ihm

die mit Steinkohlen beladenen Waggons in die Augen stachen. Er konnte der Versuchung nicht widerstehen und belud in unbewachten Augenblicken, hauptsächlich in den frühen Morgenstunden, seinen Wagen anstatt mit Ziegeln mit Steinkohlen, um dieselben dann nach Hause zu fahren, bis endlich die aufmerksam gewordene Eisenbahnverwaltung seinen Diebereien ein Ende mache. — Einer Einladung des Bahnhofrestaurateurs Herrn Hauer folgend, hatte sich gestern Abend im Schützenhaus eine Anzahl Bürger versammelt, welche die Gründung eines Bürgervereins, dessen Hauptzweck die Wahrnehmung bürgerlicher Interessen sein soll, beschlossen. — Gestern Abend brach auf dem Gute des Gutsbesitzers Herrn Gallenkamp in Squirn Feuer aus. Wie man hört, ist eine Scheune mit dem ganzen Einschnitt niedergebrannt.

Möhrungen, 12. Febr. (Landwirthschaftlicher Verein.) In der gestrigen Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins wurde als Komiteemitglied zu der am 30. Mai cr. in Braunsberg stattfindenden Lokalschau vom hiesigen Vereine Gutspächter Worczewski-Reicherwalde gewählt und der Beschluss gefasst, an Stelle des bisherigen Balles am 16. März cr. das Stiftungsfest durch eine Sitzung und darauf folgendes gemütliches Beisammensein zu feiern.

Lokales.

Thorn, den 13. Februar.

— [Die Versammlung] der Stadtverordneten hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dem Antrage des Magistrats gemäß, 20 000 M. zum Ausbau des Rathausaales und zur Herrichtung nothwendiger Bürauräume zu bewilligen; an diese Bewilligung ist jedoch die Bedingung geknüpft, daß der Magistrat von dem Vertrage mit dem Justizfiskus zurücktrete, nach welchem die Gemeindebehörden sich verpflichteten, an den Justizfiskus zum Bau eines neuen Amtsgerichtsgebäudes 40 000 M. baar und einen geeigneten Bauplatz ohne Entgelt herzugeben. Dieser Vertrag sollte erst dann perfekt werden, wenn der Herr Justizminister seine Genehmigung dazu ertheilt habe, letztere ist nicht erfolgt; der Minister hat vielmehr erklärt, daß vor dem Etatjahre 1894/95 an den Bau nicht zu denken sei. Hiernach wird der Justizfiskus das Rathaus vor dem Jahre 1898 bestimmt nicht räumen. Die städt. Verwaltung muß sich aber neue Bürauräume in der nächsten Zeit beschaffen und wenn dies jetzt mit Aufwendung von 20 000 M. oder mehr geschieht, so kann es der Stadt ziemlich gleichgültig sein, ob und wann der Justizfiskus die Räume des jetzigen Amtsgerichts zurückgibt; das Bewußtsein, Herr im eigenen Hause zu sein, ist gewiß angenehm; dieses Bewußtsein aber mit 40 000 M. baar und einem werthvollen Bauplatz zu bezahlen, erscheint der Stadtverordneten-Versammlung wohl mit Recht zu theuer. Der Magistrat dürfte sich dem Besluß der Stadtverordneten wohl anschließen.

— Über die Sonntagsruhe] in den gewerblichen Kreisen wird der an den Königl. Regierungs-Präsidenten zu erstattende Bericht, wie wir hören, vermutlich dahin gehen, daß es für angemessen erachtet wird, die Sonntagsarbeit auf die Stunden von Morgens 7 bis 9 Uhr und von 11 bis 2 Uhr festzusetzen; in den letzten 4 Wochen vor Weihnachten dagegen die Arbeitsstunden bis auf 10 Stunden an den Sonntagen auszudehnen. Es ist zu hoffen, daß diejenigen einzelnen Gewerbetreibenden, welche in der Versammlung am 8. d. M. andere Wünsche geäußert haben, davon abgehen werden, im Interesse einer einheitlichen, von der Majorität jener Versammlung gewünschten Regelung der Sache.

— [Die Vertreter der altstädt.-evangel. Kirchen-Gemeinde] waren am 12. d. M. zu einer Sitzung einbe-

rufen. Der Vorsitzende Herr Pfarrer Stachowitz gedachte des verstorbenen Mitgliedes Herrn Gude, und die Anwesenden ehnten sein Andenken durch Eichen von den Sizien; demnächst verließ der Herr Vorsitzende den Erlaß des Königl. Konsistoriums betreffend die sittlichen und sozialen Schäden der Gegenwart; der Erlaß gipfelt darin, daß die Pfarrer, die Gemeindevertreter und alle Haushaltungs-Vorstände ermahnt werden, dazu mitzuholen, daß der heutigen Verwilderung der Schuljugend, der Verrohung und übermäßigen Vergnügungssucht der herangewachsenen Jugend entgegentreten werde, durch gutes Beispiel, durch Erziehung und Belehrung, durch Gründung von Jünglings- und Mädchen-Vereinen usw.; namentlich die Mitglieder der Kirchengemeinde - Vertretung mögen die Armen und Verkommenen auffuchen, sie wohlwollend stützen und aufrichten, das werde fast überall segensreiche Früchte tragen. Demnächst wird der Etat der Kanzelhaltung für die Periode 1892 bis 1895 in Einnahme und Ausgabe auf 1599 M. festgestellt. Der Etat der Kirchenkasse wird für dieselbe Zeit auf 7085 M. in Einnahme und Ausgabe angenommen. Die Erhöhung der Provinzial-Synodalbeiträge und die Rückzahlung auf eine Anleihe von 600 M. für die Fenster-Reparaturen der Kirche machen eine Erhöhung der Kirchensteuern um 485 M. erforderlich.

— [Coppernikus-Verein.] Sitzung am 8. Februar im Saale von Voß. Die Mitglieder nahmen Kenntnis von den eingegangenen Schriften und Zusendungen. — Neben das am 23. Januar d. J. erfolgte Hinscheiden des Ehrenmitgliedes des Vereins Gaetano Pellicioni, ordentlicher Professor der griechischen Literatur an der Universität Bologna, lag eine Mittheilung der Söhne des Verstorbenen vor. Derselbe wohnte am 19. Februar 1873 der Feier des 400jährigen Geburtstags von Coppernikus in Thorn als Vertreter der Universität bei. Die Anwesenden ehnten das Andenken des Verstorbenen durch Erhebung von ihren Sizien. — Kämmerer Stachowitz und Apothekenbesitzer Tackt wurden einstimmig als Mitglieder des Vereins angenommen. — Zur Veröffentlichung der Denkmäler der Marienkirche wird dem Vorstande ein Kredit bis zum Betrage von 1000 M. ertheilt. Hierin sind die von der Provinzial-Kommission bewilligten 300 M. eingebriffen. — Neben die Erteilung von 2 Raten des Stipendiums zu 100 M. wurde Beschluss gefasst. Die Veröffentlichung erfolgt in der Feststellung am 19. Februar. — Die Rechnungslegung der Kassen des Vereins und des Stipendiums wurde mitgetheilt und entlastet. — Zu der Feier des 19. Februar wird Töchterschul-Direktor Schulz den Vortrag übernehmen. Nach der Feier wollen sich die Mitglieder des Vereins zu einer zwanglosen Zusammenkunft bei Voß zusammenfinden. Gäste werden bei derselben willkommen sein. — Eine Mittheilung von Professor Feyerabend betraf das in den Jahren 1889 und 1890 von Professor Seibt ausgeführte Nivellement der Weichsel. Die Ergebnisse, soweit dieselben für Thorn von Interesse sind, können wie folgt zusammengefaßt werden: Von dem Eintritt der Weichsel in das preußische Gebiet bis zu ihrer Mündung beträgt das Gefälle 1 zu 5500, d. h. auf 1 Meile etwa 1 1/3 Mtr. Die Höhenmarke an dem Empfangsgebäude zu Ottoczyn liegt über dem Normalnullpunkt im System der Landesaufnahme 54,757 m, der Mauerbolzen mit Bezeichnung H. M. am Thorpfleier der Eisenbahnbrücke 52,407 m, die Wasserstandsmarke im Brückenthor mit der Bezeichnung 1570 den 18. Februar 27'11" a. P. hat 42,864 m, der Bolzen an der landwärts gelegenen unteren Ecke des Zollamtsgebäudes (Winde) 39,802 m, der Nullpunkt des Thorner Pegels 34,029 m. Bezieht man die Messungen auf den Nullpunkt des Pegels zu Neufahrwasser, welcher um 3,611 m tiefer liegt als der Normalnullpunkt im System der Landesvermessung, so muß jede der angegebenen Zahlen um 3,611 m vergrößert werden. — Noch berichtete Professor Curze über den

kürzlich erschienenen 2. Halbband von Cantors "Geschichte der Mathematik".

— [Konzert.] Die Kapelle der Einundzwanziger gab gestern Abend unter Leitung ihres Kapellmeisters, des Herrn Militärmusikdirigenten Müller, ein Konzert im Artushofe, welches ein in jeder Beziehung wohlgelegenes zu nennen ist. Das Programm war ein mit seinem künstlerischen Takt gewähltes und die Ausführung sämtlicher Piecen mustergültig zu nennen, was durch wiederholte Beifallsbezeugungen die lebhafte Anerkennung der Zuhörer fand. Aus dem reichhaltigen Programm haben wir besonders hervor das "Andante" aus dem Klarinettenkonzert von Mozart, die beiden Waldhorn-Quartette "Waldsandacht" von Abt und "Jägers Abschied" von Mendelssohn und das "Sträusslilied" für Trompete von Haas. Leider war das Konzert nur schwach besucht und es scheint ein gewisses Vorurtheil gegen die Konzerte des Herrn Müller zu herrschen, welches durchaus unberechtigt ist. Die Konzerte des Herrn Müller können sich den besten Militärländern ebenbürtig zur Seite stellen. Herr Müller hat mit höchst ungünstigen Verhältnissen hier zu kämpfen gehabt und hat sie glücklich überwunden. Das Regiment liegt jenseits der Weichsel, was den Verkehr mit der Stadt erschwert. Als die Kapelle vor etwa 5 Jahren hierher verlegt wurde, fand sie vier Militär- und eine Zivilkapelle als Konkurrenten vor. So war der Privatverdienst für die Mitglieder der Kapelle ein geringer und infolge dessen gingen die bewährtesten Kräfte ab, sobald Herr Müller gezwungen war, sich seine Kapelle vollkommen neu herauszubilden. Dieser Aufgabe hat er unentwegt obgelegen, und daß er sie in vollstem Maße gelöst hat, haben die von ihm gegebenen Sinfoniekonzerte bewiesen. Möge er sich in seinem künstlerischen Streben nicht irre machen lassen, sondern raschlos vorwärts schreiten, hoffentlich ist die Zeit nicht ferne, wo dasselbe auch vom hiesigen musikliebenden Publikum gebührend anerkannt wird.

— [Der Konzertsänger Herr Bulß,] welcher im vorigen Jahre hier so großes Furore machte, wird, wie wir vernehmen, am 17. März d. J. hier ein Konzert veranstalten.

— [Der Kriegerverein] hielt gestern Abend eine Generalversammlung ab, in welcher der Bericht des Rechnungsausschusses vorgelegt und dem Kassensührer Entlastung ertheilt wurde. Sodann wurden verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt.

— [Wie viele Westpreußen leben in Berlin?] Diese Frage ist durch die am 1. Dezember 1890 vorgenommene Volkszählung beantwortet worden. Danach leben in Berlin 86 522 Westpreußen.

— [Daß die Bewohner des Grenzbezirks] die Begünstigung haben, 4 Pfund Schweinesleisch aus Russland ohne Zoll zu holen, weiß wohl ein jeder, der an der Grenze wohnt. Nicht so allgemein bekannt dürfte es indeß sein, daß eine Person gleichzeitig für mehrere Familien die gedachte Fleischportion mitbringen kann, wenn sie dazu jedes Mal schriftlich ermächtigt wird. Diese Freiheit ist insbesondere für solche Familien von Werth, welche zwei und mehr Meilen von dem Zollamt wohnen und ihren Bedarf an Schweinesleisch aus Russland decken.

— [Schriftliche Lehrverträge sind stempelfrei.] Bisher wurde bei Abfassung schriftlicher Lehrverträge eine Stempelabgabe von fünfzig Pfennigen bezüglich einer Mark erhoben. Dies ist nach der Novelle zur deutschen Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 nunmehr geändert. Da nämlich, um die Stempelabgabe zu sparen, die Kontrahenten es häufig unterlassen, schriftliche Verträge zu schließen, zur Wahrung der beiderseitigen Interessen die schriftliche Abfassung der Lehrverträge jedoch dringend wünschenswerth ist, so hat das neueste Abänderungs- resp. Ergänzungsgesetz zur Gewerbeordnung vorgeschrieben, daß in Zukunft

die schriftlichen Lehrverträge stempelfrei sein sollen. Man hofft durch diese Anordnung die Abfassung schriftlicher Lehrverträge zu fördern. Im Übrigen wird bemerkt, daß die Bestimmung im § 128, Gewerbeordnung vom 1. April d. J. in Kraft tritt.

— [Von der Weichsel.] 3 Eisbrechdampfer arbeiten jetzt an der Befestigung der großen Stopfung bei Parzen; die Dampfer haben zwar eine etwa 400 Meter lange Rinne gebrochen, aber diese erscheint der gewaltigen noch zu bewältigenden Eismasse gegenüber nur winzig klein. Das Wasser ist bei Graudenz weiter auf 5,84 Meter gesunken, nur ein schmaler Streifen Eis schiebt sich in dem neuen Stromgerinne langsam niederwärts, da das polnische Eis noch nicht eingetroffen ist. — Auch hier fällt das Wasser noch immer und es treiben nur noch vereinzelte Eisschollenstromwärts, woraus zu schließen ist, daß sich in Polen eine Eisstopfung gebildet hat. Heutiger Wasserstand 1,64 m.

— [Polizeiliches.] Verhaftet wurden 6 Personen.

Substationen.

Znowrazan. Die Grundstück Grusztow Nr. 7 nebst den in Przybyslaw belegenen Zubehörstücken. Fläche 150,26,20 Hektar, Grundsteuer + Reinertrag 514,21 Thaler, Gebäudesteuer + Nutzungswert 705 M. Termin am 30. März, Verm. 19 Uhr, an Ort und Stelle in Grusztow.

Telegraphische Börsen-Depesche.

	Berlin, 13. Februar.	12 2.2.
Fonds geschäftsfrei.		
Russische Banknoten	200,00	200,15
Warschau 8 Tage	199,85	199,80
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2%	98,80	98,70
Pr. 4%, Consols	106,60	106,70
Polnische Pfandbriefe 5%	63,30	63,40
do. Liquid. Pfandbriefe	60,30	60,60
Westr. Pfandbr. 3 1/2% neul. II.	95,40	95,40
Distonto-Comm. Anteile	183,80	184,60
Osterr. Creditaktien	168,30	169,00
Osterr. Banknoten	172,60	172,70
Weizen: April-Mai	202,75	193,75
Mai-Juni	204,25	201,25
Voco in New-York 1 d	1 d	1 d
	5 c	4 1/2
Noggen: loco	210,00	207,00
April-Mai	212,00	206,70
Mai-Juni	209,20	204,50
Juni-Juli	207,00	202,20
Rüböl: April-Mai	55,90	55,30
Spiritus: Juli-August	55,60	55,10
loc. mit 50 M. Steuer	66,00	65,10
do. mit 70 M. do.	46,50	45,30
April-Mai 70er	47,00	45,70
Sept.-Okt. 70er	47,90	46,30
Wechsel-Diskont 3%; Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. 3 1/2%, für andere Effeten 4%.		

Spiritus-Deutschland.

Königsberg, 13. Februar.
(b. Portarius u. Grothe.)

Wheat cont. 50er — Bf. 64,50 Ob. — bez. nicht conting. 70er — 45,25 — — — — —

Februar — — — — —

Getreidebericht
der Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn, den 13. Februar 1892.
Wetter: Schnee.
Weizen flau, Preise nominell, 110/15 Pf. feucht 180/5 M., 117/20 Pf. flamm 190/4 M., 122/5 Pf. hell 196/8 M., 127/8 Pf. hell 200/2 M., feinstes über Notiz.
Roggengrass flau, Preise nominell, je nach Qualität 195—205 M.
Gerste Brauware 165—180 M., feinstes über Notiz, Futterware 145—155 M.
Hafer 151—153 M.
Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.

Telegraphische Depeschen der "Thorner Ostdeutschen Zeitung."

Königsberg, 13. Febr. Vergangene Nacht ist die See in die Strandfeldstrecke der Bernsteingruben bei Palminen eingebrochen. Innerhalb 20 Minuten war der Grubenbau voll Wasser. Sechs Mann der Belegschaft des südlichen Strandfeldes werden vermisst und dürfen extrunken sein.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. Julius Pasig in Thorn.

Eine Parterrewohnung vom 1. April zu vermieten. Gerstenstr. 14.

Für Gärtner!

Ein gr. Obst- u. Gemüsegarten mit Wohnung auf Mocker Nr. 22 (bei Kohlens), ist auf längere Zeit billig zu verpachten.

Die III. Etage, Neuäldtischer Markt 5, ist vom 1. April zu vermieten.
Th. Spinnagel'sche Bierbrauerei.

Wohnung, 2 Zim., Kab. u. Zub., Boderz. im sep. Eing. zu v. Gerechtsstr. 27. 1 fl. Familienwohnung, Al. Mocker 22, an der Chaussee zu vermieten.

Ein junger Mann wird als Mitbewohner gesucht. Wo? sagt d. E. v. d. B.

Gr. Hofraum u. Stallung. für 6 Pferde zu verm. Baderstraße 10 bei **Louis Lewin.**

Ein geschäftserfahrener

GEHILFE findet in meinem Material- und Destillations-Geschäft zum 1. April Stellung.

E. Szyminski.

Luxus-Wagen und Schlitten hat eine große Auswahl wieder vorrätig die

Wagen-Fabrik von Ed. Heymann,

Möller bei Thorn.

Reparaturen werden sauber, schnell und billig ausgeführt.

Ziehung 20. Februar 1892.

Aufkauf überall gesetzlich gestattet.

Stadt Barletta-Loppe

Hauptstr. Fr. 2 Millionen, 1 Mil. 500,000, 400,000, 200,000,

100,000, 50,000, 20,000, 10,000, 5,000, 3,000, 2,000, 1,000, 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1

